



Engagement am Hindukusch neu justieren

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor Londoner Afghanistan-Konferenz

Einen Tag vor Beginn der Afghanistan-Konferenz in London zog Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag eine gemischte Bilanz des bisherigen Einsatzes. "Es gab manche Fortschritte, aber zu viele Rückschläge", betonte die Bundeskanzlerin. Der Einsatz der Bundeswehr "war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes". Es gehe darum, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimstatt zu verwehren. Die internationale Staatengemeinschaft habe ihre Ziele in Afghanistan noch nicht erreicht, bekräftigte Merkel. Deshalb hätten Deutschland, Frankreich und Großbritannien im September 2009 die Initiative zu einer internationalen Afghanistan-Konferenz ergriffen. Beraten werde über die Frage, wie die Verantwortung für Sicherheit und Stabilität im Land Schritt für Schritt in die Hände der Afghanen gelegt werden könne. In London gehe es also um eine Strategie der Übergabe in Verantwortung an Afghanistan. Der Schutz der afghanischen Bevölkerung soll dabei nach deutschem Willen noch mehr im Mittelpunkt stehen als bisher. Die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte soll verstärkt werden. Dazu will die Bundesregierung 500 Soldaten zusätzlich nach Afghanistan entsenden. Weitere 350 Soldaten bildeten eine "flexible Reserve", um auf besondere Situationen reagieren zu können. Auch die Zahl der Polizeiausbilder soll von 123 auf 200 erhöht werden. Bei seinem schon heute beachtlichen Einsatz will sich Deutschland weiterhin auf den Norden des Landes konzentrieren. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau sollen von 230 auf 430 Millionen Euro steigen, also nahezu verdoppelt werden, kündigte Merkel an. Mit einer klaren Zielsetzung: eine bessere Infrastruktur für das Land, kompetente Sicherheitskräfte und

mehr Kinder in Schulen. Gemeinsam mit der afghanischen Regierung will die Bundesregierung zudem den innerafghanischen Versöhnungsprozess unterstützen. Gemäßigte Taliban-Kämpfer, die vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen kämpfen, sollen für die Gemeinschaft zurückgewonnen werden: etwa mit Ausbildung und mit Beschäftigung als Bau- und Landarbeiter in Infrastrukturprojekten. Für dieses Wiedereingliederungsprogramm sind insgesamt rund 350 Millionen Euro vorgesehen. 50 Millionen davon will Deutschland in den nächsten fünf Jahren übernehmen.

Kein festes Abzugsdatum

Erneut sprach sich die Kanzlerin gegen ein festes Abzugsdatum aus. "Wer möchte, dass der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden kann, darf dem Drängen auf ein Abzugsdatum nicht nachgeben". Zugleich äußerte sie die Hoffnung, dass im ersten Halbjahr 2011 erste Distrikte der Nordregion, wo Deutschland die Verantwortung trägt, an die afghanischen Behörden übergeben werden könnten. "Im zweiten Halbjahr könnte dann gegebenenfalls der Gesamtumfang unserer Truppen reduziert werden". Ausdrücklich begrüßte Merkel das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 im ganzen Land die Sicherheitsverantwortung übernehmen zu wollen.

Hamid Karzai zu Gast in Berlin

Ebenfalls am Mittwoch war der afghanische Präsident Hamid Karzai zu Gast in Berlin. Neben einem Treffen mit der Bundesregierung besuchte er auch den Auswärtigen Ausschuss. Die Vertreter von CDU und CSU drangen ihm gegenüber darauf, dass der

Kurznachrichten

Kampf gegen die Korruption zu einem vordringlichen Ziel werden müsse. Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen sei es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hänge entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab, betonten die Unionsvertreter.

65. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

In dieser Woche jährte sich die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz zum 65. Mal. Aus diesem Anlass wurde am 27. Januar, dem internationalen Holocaust-Gedenktag, im Plenarsaal des Deutschen Bundestages der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Redner der Gedenkveranstaltung waren Bundestagspräsident Norbert Lammert, der israelische Präsident Shimon Peres und Prof. Dr. Felix Tych, Zeitzeuge und ehemaliger Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau. In seiner Rede bezeichnete der israelische Staatspräsident die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel als "einzigartig". Peres sagte, diese Freundschaft führe aber nicht dazu, "dass wir die Shoa vergessen". Vielmehr sei man sich "der Finsternis, die im Todestal der Vergangenheit herrschte", bewusst - auch angesichts der "gemeinsamen, klaren Entscheidung, unseren Blick nach vorne zu richten - zum Horizont der Hoffnung und in eine bessere Welt". Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands. Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns: Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, damit sich Derartiges nie wiederholen kann. Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterminieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.

Stasi bleibt ein Thema

CDU/CSU und FDP sehen "anhaltenden Handlungsbedarf bei der Aufarbeitung von Stasi-Verstrickungen". Das Parlament befasste sich daher auf Antrag beider Fraktionen in dieser Woche in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema. Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen soll das Stasi-Unterlagengesetz geändert werden. Leitende Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen nun doch über

2011 hinaus auf eine frühere Mitarbeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR überprüft werden. Hintergrund sind Enthüllungen in Brandenburg über eine frühere Zusammenarbeit von Mitgliedern der dort mitregierenden Linkspartei mit der DDR-Staatssicherheit. Laut derzeitigem Stasi-Unterlagengesetz sollte die Kontrollmöglichkeit eigentlich 2011 entfallen. In diesem Zusammenhang stellten die Mitglieder der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg beim Präsidenten des Deutschen Bundestages Anträge auf Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Hintergrund ist § 44c Abs. 1 Abgeordnetengesetz, nach dem sich die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf Antrag auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik überprüfen lassen können.

Jahreswirtschaftsbericht 2010

Über die aktuelle Wirtschaftslage unterrichtete die Bundesregierung in dieser Woche mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2010. Im Jahr 2009 ging erstmalig in der Nachkriegszeit die weltwirtschaftliche Produktion zurück. Deutschland wurde aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtungen von der Wirtschaftskrise besonders getroffen. Die Erholung wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen, ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Konsolidierung der Bilanzen der Finanzinstitute ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Auf dem Arbeitsmarkt, der sich bislang als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat, ist im Laufe dieses Jahres noch mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung zu rechnen, allerdings nicht in dem am Anfang der Krise befürchteten Ausmaß. Das Jahr 2010 beginnt mit einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Die wieder anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage wird aber zu einem deutlichen Wachstum der deutschen Exporte führen, das Ursprungsniveau wird in diesem Jahr aber nicht erreicht.

Zitat

«Afghanistan möchte anderen nicht zur Last fallen.» (Der afghanische Präsident Karzai am Mittwoch nach einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel)